

Regierungsratsbeschluss

vom 2. November 2009

Nr. 2009/1970

KR.Nr. SGB 148/2009 **PB 24**

**Legislaturplan 2009 – 2013 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2005 - 2009;
Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion FdP vom 15. Oktober
2009 (DdI05)**

1. Antragstext

C.3.1.1 Ausgewogenes Modell zur Prämienverbilligung entwickeln

- Aus dem Legislaturplan streichen.

2. Begründung

Der Kanton Solothurn besitzt ein sehr gutes und ausgewogenes Prämienverbilligungsmodell, das auf die Bedürfnisse der Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen als auch auf die Situation des Kantons Rücksicht nimmt. Eine erneute Diskussion, wie z.B. ein neuer Vorschlag von Seiten der Regierung ist nicht opportun.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Nach Artikel 73 Absatz 1 Kantonsverfassung behandelt der Kantonsrat den Legislaturplan und nimmt davon Kenntnis. Ein Recht auf Streichung einzelner Planungsabsichten des Regierungsrates steht ihm nicht zu. Hingegen kann der Kantonsrat nach Absatz 2 mit einem Planungsbeschluss den Regierungsrat zur Entwicklung einer Staatsaufgabe in bestimmter Richtung beauftragen.

Eingaben als Planungsbeschlüsse, welche Ziele und Planungsabsichten der regierungsrätlichen Legislaturplanung streichen wollen, haben den Charakter "negativ formulierter Planungsbeschlüsse". Eine effektive Streichung aus dem Legislaturprogramm ist jedoch nicht möglich. Mit einem negativ formulierten Planungsbeschluss auf Streichung soll auch keine Staatsaufgabe in eine bestimmte Richtung entwickelt werden, wie es der Verfassungstext vorgibt, sondern der bestehende Zustand (status quo) soll aufrechterhalten werden. Dazu ist kein Planungsbeschluss notwendig.

Im Zusammenhang mit der Prämienverbilligung nach KVG sind wir gehalten, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zu einem eingereichten Volksbegehren (Gesetzesinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien) auszuarbeiten. Das Zustandekommen der Initiative wurde mit Verfügung der Staatskanzlei vom 25. März 2009 festgestellt. Wir haben dabei mit RRB Nr. 2009/823 vom 12. Mai 2009 das Departement des Innern beauftragt, bis zum 25. März 2010 einen Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien auszuarbeiten. Der Kantonsrat wird deshalb über das Anliegen materiell entscheiden können.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Eng'.

Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Sozial- und Gesundheitskommission

Verteiler

Departement des Innern, Amt für soziale Sicherheit
Aktuarin SOGEKO
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat